

Wintersession Herbstsession 2023 Sessionsrückblick - 3. Woche



Budgetberatung im Nationalrat

Die Räte sind weiter uneins über das Budget 2024. Der Nationalrat hat am Montag auf der Streichung des Schweizer Beitrags an das Uno-Palästinenserhilfswerk UNWRA bestanden. Nein sagte er auch zu einer Einlage in den Fonds für Regionalpolitik von 25 Millionen Franken. Damit bestehen die beiden finanziell gewichtigsten Differenzen beim Budget 2024 weiterhin. Mit 108 zu 85 Stimmen hielt der Nationalrat an seinem früheren Entscheid ans UNWRA fest. Er folgte damit dem Antrag einer knappen Minderheit seiner Finanzkommission. Es geht um 20 Millionen Franken.

In der Vorwoche hatte die grosse Kammer einen Einzelantrag des Auserroder SVP-Nationalrats David Zuberbühler angenommen. Zuberbühler begründete seine Forderung nach einer Streichung damit, dass Mitarbeitende der UNRWA Terror gegen Israel verherrlicht hätten und sich die Organisation im Nahostkonflikt einseitig positioniere.



Unter folgenden Link (oder mit einem Klick auf das Bild) gelangen Sie zu meiner Rede:

[23.041 | Voranschlag 2024 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2025-2027 | Zuberbühler David | Votum | Das Schweizer Parlament](#)

Die Gegenseite argumentierte am Montag vergeblich, die Arbeit der UNWRA sei für die Bevölkerung im Gazastreifen wichtig, und es drohe ein Reputationsschaden für die Schweiz. Bei der Standortförderung in den Regionen beantragte die Finanzkommission mit Erfolg, an der Differenz zum Ständerat festzuhalten und nichts in den Fonds für Regionalpolitik einzuzahlen. Die Grünen traten vergeblich dafür ein, auf die Linie der kleinen Kammer einzuschwenken. Die Mitte-Fraktion enthielt sich grossmehrheitlich der Stimme. Nun ist wieder der Ständerat am Zug. Er berät das Budget am Dienstag zum dritten Mal.



Umweltschutz in der Rheinschifffahrt

Rheinschiffe dürfen künftig abgesehen von festen und flüssigen Abfällen auch keine gasförmigen Schadstoffe mehr in diesen Fluss einleiten. Die Eidgenössischen Räte haben dem Bundesrat grünes Licht gegeben für die Ratifizierung der entsprechenden Erweiterung eines internationalen Abkommens durch die Schweiz.

Nach dem Ständerat genehmigte am Montag auch der Nationalrat den entsprechenden Bundesbeschluss. Geändert wird das Übereinkommen über die Sammlung, Abgabe und Annahme von Abfällen in der Rhein- und Binnenschifffahrt (CDNI). Neben der Schweiz sind Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg und die Niederlande Vertragsparteien des CDNI. Ebenfalls Ja sagte der Nationalrat zum Beitritt der Schweiz zum neuen Strassburger Übereinkommen von 2012 über die Beschränkung der Haftung in der Binnenschifffahrt (CLNI 2012). Mit diesem Beitritt beteiligt sich die Schweiz laut Bundesrat an der Modernisierung und Vereinheitlichung der Haftungsbeschränkungen auf den europäischen Binnenwasserstrassen. Der Nationalrat stimmte den zwei Bundesbeschlüssen zu den beiden Abkommen mit jeweils rund 40 Gegenstimmen aus der SVP-Fraktion klar zu. Die zwei Bundesbeschlüsse müssen noch die Schlussabstimmungen in den Eidgenössischen Räten am Ende der Wintersession überstehen.

Bundesrat bekommt mehr Spielraum bei Kriegsmaterialexporten

Der Bundesrat erhält bei der Bewilligung von Kriegsmaterialexporten mehr Spielraum. Er wird in Zukunft in Ausnahmefällen von den bisherigen Beschränkungen für solche Ausfuhren abweichen können. Das hat nach dem Ständerat auch der Nationalrat entschieden. Gegen den Widerstand von SP, Grünen und GLP genehmigte eine Mitte-Rechts-Koalition am Montag eine Änderung des Kriegsmaterialgesetzes. Diesem wird ein neuer Artikel 22b eingefügt. Diesem zufolge darf künftig der Bundesrat von den bisherigen Bewilligungskriterien für die Ausfuhr von Kriegsmaterial ins Ausland dann abweichen, wenn ausserordentliche Umstände vorliegen. Auch muss die Wahrung der aussen- oder der sicherheitspolitischen Interessen des Landes dies erfordern. Die Gegner dieser Änderung sagen, vor zwei Jahren habe das Parlament den Artikel 22b aus dem Gegenvorschlag des Bundesrats zur Volksinitiative "Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer" gestrichen. Das habe entscheidend zum Rückzug dieses Volksbegehrens beigetragen. Es sei undemokratisch, den Artikel 22b doch einzuführen.

UNWRA – Ständerat sucht faulen Kompromiss

Der Ständerat macht im Streit um den Beitrag an das Uno-Palästinenserhilfswerk UNWRA einen Kompromissvorschlag. Er hat am Dienstag für eine Kürzung des entsprechenden Budgetpostens um 10 Millionen Franken votiert. Wo das Geld eingespart werden soll, lässt er offen. Ständerat Jakob Stark (SVP/TG) hat zu Recht festgestellt:

«Die Kommission schlägt jetzt einen Kompromiss vor. Ich sage Ihnen, es ist ein fauler Kompromiss. Es geht ja nicht darum, dass wir für die humanitären Aktionen jetzt irgendwie einfach Geld - also diese 10 Millionen Franken - einsparen; wenn man die Zweckbindung jetzt anders formuliert, so wie es die Kommission will, dann wird der Beitrag an die UNRWA ganz normal mit 20 Millionen Franken überwiesen, worauf die 10 Millionen Franken irgendwo anders gekürzt werden. Das ist überhaupt nicht im Sinne des Nationalrates».



Mehr Schutz für ausländische Opfer häuslicher Gewalt

Ausländische Opfer von häuslicher Gewalt sollen in der Schweiz besser geschützt werden. Denn den Opfern mit Aufenthalts- oder Kurzaufenthaltsbewilligung respektive vorläufig Aufgenommenen droht heute bei einer Auflösung der Ehe der Verlust der Aufenthaltspapiere. Mit 129 zu 65 Stimmen hat der Nationalrat am Dienstag Ja gesagt zu Änderungen im Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG). Er will bei häuslicher Gewalt künftig die Härtefallpraxis garantieren und den Aufenthalt der Opfer in der Schweiz regeln. Die SVP wollte nicht auf die Vorlage eintreten. Als nächstes ist der Ständerat am Zug.

Parlament pocht auf mehr Rückführungen

Das Parlament fordert vom Bundesrat mehr Rückführungen und Ausweisungen von abgewiesenen Asylsuchenden. Der Nationalrat hat dazu eine Motion aus dem Ständerat angenommen. Weil er aber die Sanktionen für nicht kooperative Herkunftsländer nicht verstärken will, muss der Ständerat nochmals entscheiden.

Der Nationalrat sagte am Dienstag mit 130 zu 62 Stimmen Ja zu der Motion von Ständerat Werner Salzmann (SVP/BE). In der vom Nationalrat geänderten Fassung verlangt der Vorstoss vom Bundesrat ein Konzept, um die Zahl der Ausweisungen und Rückführungen in den kommenden Jahren "deutlich zu erhöhen". Um dies zu erreichen, soll der Bundesrat weitere Rückführungsabkommen abschliessen und die freiwillige Rückkehr fördern. Die vom Ständerat zusätzlich gewünschten verstärkten Sanktionen für Länder, die bei Rückführungen nicht kooperieren, strich der Nationalrat gegen den Willen der SVP aus der Motion. Der Bundesrat lehnte die Motion ab und verwies dabei auf seine konsequente Rückkehrpolitik. Die Schweiz zähle zu den vollzugsstärksten Staaten in Europa, und sie habe 65 Abkommen zur Stärkung der Rückkehrzusammenarbeit mit anderen Staaten geschlossen. Der Vorstoss geht zurück an den Ständerat. Ständerat Salzmann hatte die Motion begründet, dass selbst ein negativer Asylentscheid nicht bedeute, dass die Betroffenen ausreisen müssten. Vorläufig Aufgenommene dürften trotz abgewiesenem Asylgesuch meist in der Schweiz bleiben.

Nationalrat will Resettlement-Programm für Flüchtlinge fortsetzen

Der Nationalrat will grundsätzlich das derzeit von der Schweiz sistierte Resettlement-Programm der Uno für Flüchtlinge in den nächsten zwei Jahren weiterführen. Damit stützt die grosse Kammer den Kurs des Bundesrats. Der Nationalrat lehnte am Dienstag eine Motion des Schaffhauser SVP-Ständerats Hannes Germann ab, welcher die Teilnahme der Schweiz am Resettlement-Programm für die Jahre 2024/25 aussetzen wollte. Diese ist damit vom Tisch. Der Ständerat hatte der Motion im Juni zugestimmt. Mit dem Resettlement-Programm werden Erstfluchtstaaten unterstützt, in denen mehr als achtzig Prozent aller Flüchtlinge weltweit leben. In erster Linie sollen Frauen, Kinder und besonders schutzbedürftige Familien aus Krisenregionen aufgenommen werden. Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement setzte die Teilnahme der Schweiz am Programm ab November 2022 aus, wegen der stark belasteten Asylstrukturen.

Nationalrat will Bund keine Planung von Asylplätzen vorschreiben

Der Nationalrat will dem Bund keine Vorgaben machen zur Kapazitätsplanung für die Erstunterbringung von Asylsuchenden machen. Er lehnte am Dienstag eine Motion der Finanzkommission des Ständerates mit knappem Mehr ab, mit 94 zu 93 Stimmen und mit einer Enthaltung.



Der Vorstoss der Ständeratskommission ist damit vom Tisch. Er verlangte, die Aufnahmekapazitäten für Asylsuchende umfassend und landesweit koordiniert zu planen. Dabei sollten auch Zivilschutzanlagen einbezogen werden. Nicht zuletzt sollte dies den Bau von Containerdörfern unnötig machen.

Abgewiesene Eritreer werden nicht in Drittland ausgeschafft

Die Schweiz wird Eritreer mit einem abgewiesenen Asylgesuch nicht in ein Drittland wie zum Beispiel Ruanda ausschaffen. Der Nationalrat hat am Dienstag einen Vorstoss abgelehnt, mit dem ein Pilotprojekt für solche Ausschaffungen gefordert wurde. Die Motion des Luzerner FDP-Ständerats Damian Müller ist damit erledigt. Der Ständerat hatte dem Vorstoss im vergangenen Juni noch zugestimmt. Müller hatte den Vorstoss mit der Aussage begründet, es gehe um Menschen, die in der Schweiz ein Asylverfahren durchlaufen, einen abschlägigen Bescheid erhalten hätten und die keinen internationalen Schutz bräuchten. Sie belegten Plätze, welche Flüchtlinge benötigten, die Schutz brauchten. Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider hielt am Dienstag im Nationalrat entgegen, für ein solches Projekt fehlten in der Schweiz die rechtlichen Grundlagen. Mit 96 zu 91 Stimmen bei 6 Enthaltungen sagte der Nationalrat Nein zur Motion.

Hamas als Terrororganisation verbieten

Nach dem Ständerat fordert auch der Nationalrat ein Verbot der radikalislamischen Palästinenserorganisation Hamas in der Schweiz. Er hat am Dienstag eine entsprechende Motion seiner Sicherheitspolitischen Kommission (SIK-N) oppositionslos angenommen. Der Ständerat hatte vergangene Woche einer gleich lautenden Motion seiner Sicherheitspolitischen Kommission oppositionslos zugestimmt. Beide Kommissionen machten geltend, die Hamas habe sich mit ihrer menschenverachtenden Attacke von Anfang Oktober auf Israel als Gesprächspartnerin vollends diskreditiert. Sie könne nur als brutale Terrororganisation bezeichnet werden. Entsprechend sei eine klare Positionierung der Schweiz wichtig. Der Bundesrat beantragte Annahme der beiden Motionen. Bereits im November hatte er beschlossen, das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) zu beauftragen, bis Ende Februar einen Gesetzesentwurf für ein Verbot der Hamas zu erarbeiten. Als Kommissionssprecher habe ich das Geschäft für die Sicherheitspolitische Kommission im Nationalrat vertreten:



Mit einem Klick auf das obige Bild bzw. unter folgendem Link finden Sie mein Votum: [23.4312 | Die Terrororganisation Hamas verbieten | Zuberbühler David | Votum | Das Schweizer Parlament](#)



Nationalrat will Konsumenten mehr Mittel gegen Mängel verschaffen

Konsumentinnen und Konsumenten sollen bei Mängeln an gekauften Produkten mehr Mittel in die Hand bekommen. Der Nationalrat verlangt mit einer Motion, das über hundertjährige Gewährleistungsrecht zu modernisieren. Die grosse Kammer nahm die Motion ihrer Rechtskommission (RK-N) am Dienstag mit 120 zu 64 Stimmen an. Der Bundesrat war mit dem Anliegen einverstanden. Das Gewährleistungsrecht beim Kauf stamme aus dem Jahr 1910, merkte er dazu an. Die veralteten Regeln entsprächen nicht mehr der Realität, und eine Revision deshalb angezeigt. In einem vom Parlament bestellten Bericht hielt der Bundesrat fest, dass Käuferinnen und Käufer gerade bei elektronischen Produkten bei Mängeln zu stark auf das Entgegenkommen der Verkäufer angewiesen seien. Dem Bundesrat schwebt gemäss dem Bericht eine Anpassung an EU-Standards vor. Dafür müsste das Obligationenrecht angepasst werden.

Räte bestätigen Datenschutzbeauftragten Lobsiger im Amt

Adrian Lobsiger bleibt Eidgenössischer Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragter (Edöb). Die Vereinigte Bundesversammlung hat den 63-Jährigen am Mittwoch für eine weitere Amtszeit gewählt - mit 217 von 236 gültigen Stimmen. Lobsiger hat die Funktion seit 2016 inne. Es ist das erste Mal, dass das Parlament den Edöb wählt. Das neue Datenschutzgesetz schreibt vor, dass National- und Ständerat die Wahlbehörde sind und der Edöb nicht mehr vom Bundesrat ernannt wird. Da Lobsiger für eine dritte und letzte Amtsperiode kandidiert hatte, war seine Stelle nicht ausgeschrieben worden. Die Gerichtskommission schlug den Räten vor, den promovierten Juristen für die Jahre 2024 bis 2027 im Amt zu bestätigen. Dagegen gab es keine Opposition. Lobsiger arbeitet seit Anfang der 1990er-Jahre für den Bund. Stationen waren etwa das Bundesamt für Justiz (BJ) und das Bundesamt für Polizei (Fedpol). In den Jahren 2000 bis 2005 gründete und leitete Lobsiger nebenamtlich das Nachdiplomstudium zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität sowie das Kompetenzzentrum für Forensik und Wirtschaftskriminalistik an der Hochschule Luzern. Der Edöb ist zuständig für die Wahrung der Transparenz und die Aufsicht über die korrekte Anwendung der eidgenössischen Datenschutzbestimmungen.

Einigungskonferenz muss mit Beitrag an UNWRA befassen

Das Budget 2024 geht in die Einigungskonferenz. Der Nationalrat hat am Mittwoch in der dritten Beratungsrunde auf der Streichung des Beitrags an das Uno-Palästinenserhilfswerk UNRWA und einer Einlage in den Fonds für Regionalpolitik bestanden.

Mit 106 zu 85 Stimmen bei einer Enthaltung votierte die grosse Kammer ein drittes Mal dafür, den UNRWA-Beitrag ganz zu streichen. Dabei geht es um 20 Millionen Franken. Der Ständerat wollte ursprünglich gar keine Kürzung. Im Sinne eines Kompromisses hatte er der grossen Kammer aber vorgeschlagen, den entsprechenden Budgetposten um 10 Millionen Franken zu kürzen. Der Bundesrat müsste gemäss dem Vorschlag den Betrag nicht zwingend bei der UNRWA einsparen. Wie in den vorangegangenen Beratungen des Nationalrats begründete eine bürgerliche Mehrheit ihre Haltung damit, UNRWA-Mitarbeitende hätten Terror gegen Israel verherrlicht. Die Gegenseite hielt die Vorwürfe für zu wenig erhärtet, betonte die Bedeutung der Organisation für die Hilfe an die Bevölkerung im Gazastreifen und fürchtete einen Reputationsschaden für die Schweiz. Ebenfalls abgelehnt hat der Nationalrat einen zweiten Kompromissvorschlag zur Standortförderung in den Regionen. Die kleine Kammer hatte angeboten, eine Einlage von 25 Millionen Franken in den Fonds für Regionalpolitik zu halbieren. Der Nationalrat will jedoch nach wie vor ganz darauf verzichten.



Bei den kommenden Verhandlungen über das Budget ist der Nationalrat am längeren Hebel. Sollte eine Parlamentskammer den Antrag der Einigungskonferenz ablehnen, gilt der Beschluss jenes Rates, der weniger Ausgaben vorsieht. Thema in der Einigungskonferenz wird auch der Finanzplan für die Jahre 2025 bis 2027 sein. Der Ständerat möchte, dass die Armeeausgaben bis 2030 auf 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts wachsen. Der Nationalrat will die Frist wie der Bundesrat bis 2035 erstrecken. Er hielt am Mittwoch knapp mit 98 zu 97 Stimmen bei einer Enthaltung an seiner Position fest.

Das sind die wichtigsten Entscheide der Budgetdebatte

National- und Ständerat diskutieren in der laufenden Wintersession über das Bundesbudget für das kommende Jahr und den Aufgaben- und Finanzplan 2025 bis 2027. Die Vorlage geht in die Einigungskonferenz. Was bisher geschah (in alphabetischer Reihenfolge):

Armee: Der Ständerat will das Budget der Armee schneller aufstocken als der Bundesrat. Bereits im Jahr 2030 und nicht erst im Jahr 2035 soll die Schweiz ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die Landesverteidigung ausgeben. Der Nationalrat lehnt dies ab. Dieser Posten im Finanzplan wird in der Einigungskonferenz diskutiert.

Asyl-Sozialhilfe: Das Parlament will die Sozialhilfe für Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge um 30 Millionen Franken kürzen gegenüber dem Antrag des Bundesrats. Demnach stehen dem Staatssekretariat für Migration (SEM) im kommenden Jahr knapp 1,1 Milliarden Franken für die Sozialhilfe im Asylwesen zur Verfügung. Im Vergleich mit 2023 wachsen die Ausgaben weniger stark.
Bahninfrastruktur: Der Nationalrat will im nächsten Jahr 16 Millionen Franken weniger in den Bahninfrastrukturfonds einzahlen, als es der Bundesrat vorgeschlagen hat. Die Einlage beträgt insgesamt 5,9 Milliarden Franken. Angesichts des engen finanziellen Spielraums sprach sich die grosse Kammer für diesen Trick aus, um die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten. Der Ständerat seinerseits will aus dem gleichen Grund 38 Millionen Franken weniger einzahlen. Dieser Posten wird in der Einigungskonferenz diskutiert.

Bundesversammlung: Das Parlament lehnt es ab, eine zusätzliche Million Franken zum verbesserten Schutz des Parlamentsgebäudes in der Nacht und an den Wochenenden bereitzustellen. Das Globalbudget der Parlamentsdienste wird gegenüber der Vorlage des Bundesrats entsprechend gekürzt.

Darlehen Entwicklungsländer: Die Investitionsausgaben des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) für Darlehen und Beteiligungen an Entwicklungsländer bleiben im nächsten Jahr gleich hoch wie bisher. Der Bundesrat sah zusätzliche 10 Millionen Franken für die Aufstockung des Eigenkapitals der Entwicklungsfinanzierungsgesellschaft Sifem vor, was das Parlament ablehnte.

Gerichte: Die laufenden Ausgaben für das Bundesgericht und das Bundesverwaltungsgericht steigen gegenüber 2023 weniger stark als vom Bundesrat budgetiert. Insgesamt gibt das Parlament rund 3 Millionen Franken weniger aus als die Regierung.

Gleichstellung: Das Parlament erhöht das Globalbudget des Eidgenössischen Büros für Gleichstellung (EBG) in den Finanzplanjahren 2025 bis 2027 gegenüber der Vorlage des Bundesrats um je 1,5 Millionen Franken. Gegenüber heute ist das eine Erhöhung um rund 0,8 Millionen Franken. Die zusätzlichen Mittel sollen für die Finanzierung der Präventionskampagne gegen Gewalt eingesetzt werden.



Humanitäre Aktionen: Der Nationalrat will den Kredit für Beiträge an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) in Höhe von 20 Millionen Franken streichen. Der Ständerat will den Kredit für humanitäre Aktionen auf 10 Millionen Franken halbieren. Dieser Posten wird in der Einigungskonferenz diskutiert.

Landwirtschaft: Die Direktzahlungen für die Bäuerinnen und Bauern werden auf dem Niveau von 2023 belassen, auf rund 2,8 Milliarden Franken. Der Bundesrat wollte hier knapp 55 Millionen Franken einsparen. Weniger stark gesenkt werden die Absatzförderung von Schweizer Wein und das Globalbudget des Bundesamts für Landwirtschaft (BLW) - konkret für die Bekämpfung von Schädlingen - sowie die Beiträge an Zuckerrübenproduzenten. Gleich viel Geld ausgegeben wie im laufenden Jahr wird für den Erhalt von Schweizer Tierrassen und für Herdenschutzmassnahmen. Diese Massnahmen haben gegenüber der Vorlage des Bundesrats Mehrausgaben von rund 17 Millionen Franken zur Folge.

Minderheitenschutz: Das Parlament stellt für den Schutz religiöser Minderheiten im kommenden Jahr 2,5 Millionen Franken mehr zur Verfügung als im Voranschlag des Bundesrats ursprünglich vorgesehen war. Das Geld kommt jüdischen und muslimischen Gemeinden zugute.

Regionaler Personenverkehr: Das Parlament stockt die Bundesgelder für den regionalen Personenverkehr gegenüber heute um 50 Millionen Franken auf. Der Bundesrat schlug eine Kürzung um 5 Millionen Franken vor. Künftig stehen den Transportunternehmen rund 1,134 Milliarden Franken für die geplanten ungedeckten Kosten zur Verfügung.

Regionalpolitik: Der Nationalrat will die gesamte Einlage in den Fonds für Regionalentwicklung in Höhe von 25 Millionen Franken streichen. Der Ständerat schlägt eine Halbierung der Einlage vor. Dieser Posten wird in der Einigungskonferenz diskutiert.

Steuern: Das Parlament schafft für 2,1 Millionen Franken zusätzliche Stellen für Kontrollen im Bereich der Mehrwertsteuer und budgetiert als Folge dieser zusätzlichen Personalressourcen eine Erhöhung des Ertrags der Mehrwertsteuer um 7,5 Millionen Franken.

Umwelt: Das Parlament kürzt das Globalbudget des Bundesamts für Umwelt (Bafu) um 1,8 Millionen Franken gegenüber dem Vorschlag des Bundesrats. Dabei geht es um eine Verringerung des Personalaufwands. Gegenüber heute bedeutet dies eine Kürzung des Funktionsaufwands von 3,3 Prozent.

National- und Ständerat befinden am Donnerstag über den Antrag der Einigungskonferenz.

Einigungskonferenz mit neuem Kompromissvorschlag zu UNWRA-Beitrag

Im Streit um den Schweizer Beitrag an das Palästinenserhilfswerk UNRWA macht die Einigungskonferenz einen neuen Kompromissvorschlag. Sie will 10 Millionen Franken für die Organisation bewilligen, jedoch die Bedingungen für eine Auszahlung präzisieren. Die Finanzkommissionen beider Räte informierten am Mittwochnachmittag an einem Point de Presse in Bern über ihre Lösungsvorschläge. Ziel ist, damit die letzten Differenzen zwischen Nationalrat und Ständerat beim Budget 2024 und beim Finanzplan für die Jahre 2025 bis 2027 auszuräumen.



Der Ständerat wollte ursprünglich 20 Millionen Franken für die UNRWA bewilligen. Der Nationalrat votierte dagegen für eine Streichung des Beitrags. Bereits am Dienstag hatte sich der Ständerat in der Sache auf den Nationalrat zubewegt. Er schlug vor, den Betrag zu halbieren. Allerdings wollte er dem Bundesrat nicht vorschreiben, die gekürzten 10 Millionen Franken bei der UNRWA einzusparen. Er verlangte lediglich, dass die Landesregierung den Aussenpolitischen Kommissionen des Parlaments regelmässig über die Beiträge des Bundes an die Uno-Organisation Bericht erstattet. Diese Lösung fand am Mittwochmorgen im Nationalrat keine Mehrheit. In der Folge verschärfte die Einigungskonferenz die Vorgaben im Zusammenhang mit dem UNRWA-Beitrag. Demnach soll im entsprechenden Bundesbeschluss explizit festgehalten werden, dass das Geld ausschliesslich der Zivilbevölkerung zugutekommen soll. Zudem ist eine Auszahlung in Raten vorgesehen. Die Pflicht zur Berichterstattung ans Parlament bliebe laut dem Antrag der Einigungskonferenz bestehen.

«Dä Zubi» gegen alle

Der Aussenröder SVP-Nationalrat wollte dem umstrittenen Palästina-Hilfswerk der Vereinten Nationen die Gelder kürzen

DAVID BINER, BERN

David Zuberbühler läuft mit einer Ausgabe von «Le Temps» in den Händen durch die Gänge des Bundeshauses. Es ist der zweite Mittwoch dieser Winter-session, in wenigen Minuten starten die Bundesratswahlen. Wer wird der Nachfolger von Alain Berset? Beat Jans oder Jon Pult? «Zubi», wie sich Zuberbühler selbst nennt, ist mit dem Kopf ganz woanders.

Auf der Frontseite der Westschweizer Tageszeitung ist eine Karikatur des Zeichners Chappatte abgedruckt. Sie zeigt einen SVP-Parlamentarier, der sich um Schweizer Hilfsgelder für die palästinensische Zivilbevölkerung focht. «Die Schulen in Gaza brauchen uns nicht mehr – zumal sie ja zerstört worden sind», höhnt der Politiker. Die Botschaft der Zeichnung ist klar.

Wer den Palästinensern den Geldhahn zudrehen will, ist aus Sicht von «Le Temps», der täglichen Standardlektüre im internationalen Gené, eher dicklich, eher dümmlich, ganz sicher SVP. «Zubi» freut sich über die Karikatur auf der Frontseite. Schliesslich war er es, der die Streichung von 20 Millionen Franken für die UNRWA, das umstrittene Palästina-Hilfswerk, beantragt hatte. Damit hielt er Bundesbern eine Woche lang in Atem.

Kein Einblick in Schulbücher

Der Aussenröder SVP-Nationalrat hat es geschafft, fast das ganze bürgerliche Lager hinter seinen Antrag zu scharren – zumindest im Nationalrat. SVP, FDP sowie Mitte blieben hier standhaft und hielten an der Streichung fest, selbst nachdem die bürgerlichen Ständeräte auf Drängen der beiden FDP-Bundesräte, der Finanzchefin Karin Keller-Sutter sowie des Aussenministers Ignazio Cassis, nachgegeben hatten. Am Mittwochvormittag hat die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat dann auch noch ein drittes Mal darauf bestanden, den UNRWA-Beitrag ganz zu streichen.

Nach dem brutalen Pogrom der Hamas-Terroristen, die am 7. Oktober unter dem Jubel der Zivilbevölkerung in Gaza Hunderte israelische Zivilisten abgeschlachtet und entführt haben, schien ein Paradigmenwechsel in der Nahostpolitik möglich. Warum soll der Schweizer Steuerzahler ein Hilfswerk mitfinan-



Mitarbeiter des Palästinenser-Hilfswerks UNRWA verteilen Ende November in Khan Yuunis Mehl.

MUSTAFA HASSINA / ANADOLU / GETTY



David Zuberbühler
Aussenröder
SVP-Nationalrat

zieren, das sich dem Einfluss einer Terrororganisation nicht entziehen kann?

David Zuberbühler geht in seiner Argumentation viel weiter. Er ist Mitglied der parlamentarischen Freundchaftsgruppe Schweiz-Israel. Geprägt hatte ihn ein Besuch mit der Gruppe in Bethlehem, Anfang dieses Jahres. Ihm und seinen Mitreisenden sei der Einblick in die Schulbücher sowie Klassenzimmer verwehrt geblieben, sagt Zuberbühler. Zudem sei ihm der Austausch mit dortigen Schülerinnen überin-

ziert vorgekommen. Das Gespräch sei nach Fragen, ob sich die jungen Palästinenserinnen ein friedliches Leben in Israel vorstellen könnten, unterbrochen worden. «Wenn das Aussendepartement tatsächlich das Gefühl hat, diesen UNRWA-Apparat von hier aus überwachen zu können, stimmt das einfach nicht», sagt Zuberbühler im Gespräch.

Unter den Mitarbeitern des Hilfswerks soll es Vertreter geben, die sich über die Massaker vom 7. Oktober öffentlich freuten. Die UNRWA steht zudem seit geraumer Zeit in der Kritik, in den Schulen antisemitische Propaganda zu verbreiten. «Diese Zweifel konnte sie gegenüber unserer Parlamentsgruppe nicht zerstreuen», sagt Zuberbühler im Rückblick auf den Bethlehem-Besuch, «im Gegenteil».

Die UNRWA gibt es schon so lange wie den Staat Israel. Das Uno-Hilfswerk wurde eigens für die palästinensischen

Flüchtlinge gegründet. Deren Flüchtlingsstatus ist bis heute auf die jeweils nächste Generation vererbbar. Genau dieses Kastensystem führe dazu, dass die Spirale der Gewalt niemals durchtrennt werde, meint Zuberbühler. «Durch die Vererbbarkeit des Flüchtlingsstatus werden palästinensische Flüchtlinge in eine ständige Warteposition gedrängt, was Armut, Frustration und Gewalt nach sich zieht, was exakt die Basis für den ideologischen Terror der Hamas darstellt.»

Genau dieses selbstreferenzielle System des Elends hatte auch Ignazio Cassis erkannt. Die UNRWA sei ein Teil des Problems in Nahost, sagte der Aussenminister vor einigen Jahren. Dass sich der gleiche Cassis nun davor fürchtet, durch die Streichung der Gelder einen angeblichen Imageschaden für die Schweiz in Kauf zu nehmen, enttäuscht Zuberbühler am meisten. Er habe den FDP-Bundesrat auf den Gan-

gen des Bundeshauses mit seiner Kritik konfrontiert, sagt der Aussenröder. Aus Fairnessgründen wollte sich der Nationalrat aber nicht über den Inhalt der Unterredung äussern.

Gelder bleiben unangetastet

Deutlich zu Wort meldete sich derweil Philippe Lazzarini. Der Generalkommissar der UNRWA und Schweizer Diplomat versucht seit Tagen, Zuberbühlers Angriff zu kontern. Die Anschuldigungen gegen die Organisation beruhten auf «Desinformationen» von israelfreundlichen Nichtregierungsorganisationen. «fehlerhaften» Berichten und «täuschenden Behauptungen», behauptete Lazzarini in einem Interview mit dem «Tages-Anzeiger». Antisemitisches Material an UNRWA-Schulen schliesse er aus. Dass sich von den 30 000 Mitarbeitern nicht immer alle «korrekt und wertschätzend» verhielten, sei indes kaum vermeidbar.

Lazzarinis Argumente scheinen im Parlament zu fruchten. In den Debatten verwies in letzter Zeit vor allem die Linke auf den Diplomaten. Stellvertretend dafür war ein Votum von Claudia Friedl, der St. Galler SP-Nationalrätin, die die Einwände von Zuberbühler und den bürgerlichen Fraktionen im Nationalrat wie folgt ausräumte: «Wir haben jetzt schon viele Gesichten gehört.» Es werde schon geschaut, dass die Gelder dort ankämen, wo sie gebraucht würden. Aufgrund eines Einzelantrags gleich 20 Millionen Franken zu kürzen, fand Friedl «nicht seriös».

Genauso schleichend, wie Zuberbühler im Windschatten der Bundesratswahlen seinen Antrag vorantrieb, folgte am Mittwochnachmittag die Enttäu-schung. In der Einigungskonferenz der beiden Räte einigten sich die Mitte und die FDP gemeinsam mit der Linken darauf, die 20 Millionen Franken zwar um die Hälfte, also auf 10 Millionen, zu kürzen. Der Betrag soll aber nicht mehr gebunden sein. Das heisst: Der Bundesrat muss schauen, bei welchen humanitären Projekten er sparen will. Den UNRWA-Beitrag kann er aber wie gehabt weiter auszahlen. Damit bleiben Zuberbühler und die SVP auf verlorenem Posten. «Zubi's» Kommentar wird es am Donnerstag kaum auf die Frontseiten schaffen: «Zum Heulen.»

Parlament stellt sich hinter neuen Anlauf für CO2-Gesetz-Revision

Das Parlament sagt im Grundsatz Ja zum revidierten CO2-Gesetz für die Jahre 2025 bis 2030. Der Mit dem neuen CO2-Gesetz für die Zeit ab 2025 können viele im Parlament leben. Am Ende hat sogar die SVP teilweise zugestimmt. Denn das Gesetz ist kein grosser Wurf für den Klimaschutz.



Es ist vielmehr geprägt von Vorsicht: Der Nationalrat wollte damit kein Risiko eingehen, getreu nach dem Motto lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Die Mehrheit wollte das CO₂-Gesetz auf keinen Fall überladen, sodass es am Ende politisch dann doch noch Schiffbruch erleidet wie das letzte CO₂-Gesetz an der Urne.

Trotzdem hat der Nationalrat das Gesetz in mehreren Punkten verschärft, nachdem der Ständerat dem Gesetz quasi die wenigen halbwegs scharfen Zähne gezogen hatte: So soll gemäss Nationalrat CO₂ zu drei Vierteln in der Schweiz reduziert werden und auch die Abgasziele für Autos sollen ab 2025 schon jedes Jahr weiter sinken und nicht erst ab 2030. Damit würden in der Schweiz ab 2026 sogar strengere Werte als in der EU gelten.

Während der Ständerat noch die jährlich maximal 30 Millionen Franken Bundesgelder für Ladestationen für Elektroautos in Mehrfamilienhäusern, Firmen und auf öffentlichen Parkplätzen aus der Vorlage gestrichen hatte, sprach sich der Nationalrat dafür aus, 20 Millionen Franken jährlich zu zahlen. Ein Punkt ging dann allerdings sogar dem Nationalrat zu weit: Der Vorschlag seiner eigenen nationalrätlichen Kommission, auf Privatjets und Businessjets eine Abgabe zu erheben. Ansonsten setzt das Gesetz vor allem auf Fördermassnahmen etwa bei Gebäuden, damit diese weniger Energie verbrauchen. Dafür sind mehrere Milliarden Franken vorgesehen.

Das Urteil von Umweltschutzverbänden wie dem WWF fällt dennoch vernichtend aus. Mit diesem Gesetz werde die Schweiz ihr Klimaziel kaum erreichen, die Halbierung des CO₂-Ausstosses bis 2030 im Vergleich zu 1990. Die grösste Hürde, die das Gesetz noch zu nehmen hat, wartet im Ständerat. Dieser wird sich kaum in allen Punkten dem Nationalrat anschliessen. Zu weit auseinander liegen die Positionen bisher. Was auch immer am Ende auf dem Tisch liegen wird, eines kann man schon heute sagen: Es wird alles andere als mutig sein, dafür aber politisch machbar.

Nationalrat befürwortet zusätzliche Mittel für Verladestationen

Der Nationalrat will den Kredit zur Unterstützung der Auto-Verladestationen am Lötschberg, an der Furka, an der Vereina und am Simplon um 46 Millionen Franken erhöhen. Er hat eine entsprechende Vorlage angenommen und dabei im Vergleich zum Entwurf des Bundesrats eine Aufstockung der Mittel beschlossen. Die grosse Kammer fällte ihren Entscheid am Mittwoch mit 189 zu 1 Stimme bei einer Enthaltung. Das Geschäft geht an den Ständerat. Der Bundesrat hatte dem Parlament im Juni beantragt, den 2018 beschlossenen Kredit von 60 Millionen Franken um 40 Millionen Franken aufzustocken. Profitieren sollen nach seinem Willen die Verladestationen am Lötschberg, an der Furka und an der Vereina. Die Verbindungen seien für die Erreichbarkeit der jeweiligen Regionen wichtig und trügen dazu bei, längere Umweg- und Passfahrten

Beschleunigungserlass

Grosse Solarkraftwerke, Windparks und Wasserkraftwerke sollen schneller geplant und bewilligt werden können. Der Nationalrat ist am Donnerstag auf eine entsprechende Vorlage mit deutlichem Mehr eingetreten. Nur die SVP meldete grundsätzliche Bedenken an. Mit 175 zu 19 Stimmen bei einer Enthaltung beschloss die grosse Kammer Eintreten auf den sogenannten Beschleunigungserlass. Mit 129 zu 65 Stimmen bei einer Enthaltung lehnte sie es auch ab, die Vorlage an den Bundesrat zurückzuweisen.



Alle Fraktionen ausser der SVP waren der Auffassung, dass die heutigen Bewilligungsverfahren gestrafft und die Einsprachemöglichkeiten eingeschränkt werden sollten, zumindest bei Anlagen von nationalem Interesse. Heute könne es bis zu zwanzig Jahre dauern, bis eine Anlage bewilligt ist - viel zu lange, so der Tenor. Die SVP wollte vom Bundesrat verlangen, die Vorlage zu überarbeiten und den Fokus auf andere Technologien zur Energieerzeugung zu legen, scheiterte damit aber. Auch in der Detailberatung wird es Anträge zur Aufweichung des AKW-Bau-Verbots geben. Umstritten ist weiter, wie stark die Einspracherechte der Standortgemeinden geplanter Anlagen und diejenige von Umwelt- und Naturschutzverbänden beschnitten werden sollen. Darüber wird die grosse Kammer nun befinden.

Unglaublich! Ständerat gegen strengere Regeln bei Krankenkassen-Vergütungen

Mitglieder der Eidgenössischen Räte mit Mandaten von Krankenkassen werden die mit diesen Posten verbundenen Vergütungen nicht offenlegen müssen. Der Ständerat hat einen Vorstoss aus dem Nationalrat, welcher mehr Transparenz forderte, abgelehnt. Er ist damit erledigt. Mit 28 zu 13 Stimmen versenkte die kleine Kammer am Donnerstag die Parlamentarische Initiative des Tessiners Lorenzo Quadri. Der Lega-Nationalrat gehört der SVP-Fraktion an. Unterstützt wurde Quadris Vorstoss insbesondere von linken Ständeratsmitgliedern.

Einigung beim Budget in letzter Minute

Der Bund kann 2024 wie geplant (leider!) einen Beitrag von 20 Millionen Franken an das Uno-Palästinenserhilfswerk UNRWA ausrichten. Insgesamt stehen ihm aber 10 Millionen Franken weniger für humanitäre Aktionen zur Verfügung. In den Fonds für Regionalpolitik werden 12,5 Millionen Franken einbezahlt. Darauf haben sich die Räte am Donnerstag bei der Beratung des Budgets geeinigt. Es ist damit unter Dach. Die Einigung beim Bundesbudget und beim Finanzplan für die Jahre 2025 bis 2027 erfolgte in letzter Minute. Nach dem Ständerat nahm am Donnerstagmittag auch der Nationalrat den Antrag der Einigungskonferenz an. Die grosse Kammer hiess die zwei Bundesbeschlüsse zum Budget mit 109 zu 85 Stimmen ohne Enthaltungen respektive mit 168 zu 27 Stimmen bei einer Enthaltung gut. Der Ständerat hatte bereits zu Beginn seiner Sitzung am Donnerstagmorgen mit deutlicher Mehrheit dafür votiert.

Der Bundesrat hatte dem Parlament 20 Millionen Franken für die UNRWA beantragt. Der Ständerat wollte ursprünglich den ganzen Betrag bewilligen, während der Nationalrat für eine Streichung votierte. Der nun gutgeheissene Beschluss erwähnt die UNRWA nicht namentlich. Er besteht aus zwei Elementen: Zum einen sieht er eine Mittelkürzung um 10 Millionen Franken beim Kredit des Auswärtigen Departements für humanitäre Aktionen vor - wobei der Bundesrat selbst entscheiden kann, wo er Einsparungen vornimmt. Zum zweiten legt der Beschluss Rahmenbedingungen für die Auszahlung humanitärer Hilfe für den Nahen Osten fest. Die Gelder müssen in Tranchen ausbezahlt werden - und es ist explizit festgehalten, dass sie ausschliesslich der Zivilbevölkerung zugutekommen sollen. Zudem muss der Bundesrat die Aussenpolitischen Kommissionen des Parlaments konsultieren, bevor er Beiträge auszahlt. Er bleibt aber grundsätzlich frei, wie geplant 20 Millionen Franken zur Unterstützung der UNRWA auszugeben - wie die Schweiz dies den Vereinten Nationen ursprünglich zugesagt hatte.

Eine Minderheit von SVP-Mitgliedern der Finanzkommissionen beantragte erfolglos die Ablehnung des Einigungsantrags. Das Problem, dass UNRWA-Mitarbeitende Terror gegen Israel verherrlicht und Antisemitismus geschürt hätten, werde mit dem neuen Vorschlag nicht angegangen.



"Die Einigungskonferenz präsentiert uns hier nicht einen faulen Kompromiss, sondern gar keinen Kompromiss", sagte SVP-Nationalrat Lars Guggisberg (BE). Er sprach von einer Mogelpackung. Die Annahme des Einigungsantrags bedeutet auch, dass das Parlament 12,5 Millionen Franken für den Fonds für Regionalpolitik genehmigt. Der Ständerat wollte ursprünglich das Doppelte bewilligen, der Nationalrat ganz auf die Einlage verzichten.

Geeinigt haben sich die Räte auch beim Finanzplan für die Jahre 2025 bis 2027. Die Frist für die Erhöhung der Armeeausgaben auf 1 Prozent des Bruttoinlandprodukts wird bis 2035 erstreckt. Der Ständerat verlangte ursprünglich, der Zielwert müsse schon 2030 erreicht werden. Der Nationalrat hatte sich dagegen in der Differenzbereinigung für die Erstreckung ausgesprochen - zuletzt allerdings nur äusserst knapp mit Stichentscheid von Ratspräsident Eric Nussbaumer (SP/BL). Schon vergangene Woche waren die Räte übereingekommen, die Einlagen in den Bahninfrastrukturfonds zu kürzen, um die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten zu können. Die Kürzung beträgt nach den Entscheiden vom Donnerstag 38 Millionen Franken.

Nationalrat will keinen Raum der Stille im Parlamentsgebäude

Im Parlamentsgebäude in Bern soll kein Raum der Stille und des Gebets eingerichtet werden, in den sich die Ratsmitglieder während den Sessionen zurückziehen können. Dieser Auffassung ist der Nationalrat. Er sagte am Freitag mit 128 zu 38 Stimmen sowie mit 27 Enthaltungen Nein zu einer Motion des früheren Tessiner FDP-Nationalrats Rocco Cattaneo. Die Hektik während den Sessionen sei wegen ausserordentlicher Ereignisse markant gestiegen, hatte Cattaneo den Vorstoss begründet. Dieser ist nun vom Tisch.

Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die Wintersession abgeschlossen, die erste in der neuen Legislatur. Elf Vorlagen kamen parlamentarisch unter Dach und Fach.

Bern, im Dezember 2023
David Zuberbühler